

Presseinformation

EFI-Gutachten 2026 an Bundeskanzler übergeben

Künstliche Intelligenz muss in die Anwendung kommen

In ihrem neuen Jahresgutachten rät die Expertenkommission, KI-Politik konsequent europäisch zu denken, den Aufbau von Rechenzentrumskapazitäten zu fördern und Rechtsunsicherheiten beim Zugang zu Daten abzubauen, um die digitale Souveränität Europas zu stärken.

Berlin, 11. Februar 2026 – Die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) hat heute ihr neues Jahresgutachten an Bundeskanzler Friedrich Merz übergeben. Darin widmet sich die EFI ausführlich der Entwicklung und Anwendung künstlicher Intelligenz (KI) und zeigt auf, welche Weichen jetzt gestellt werden müssen, um das wirtschaftliche und technologische Potenzial der KI auszuschöpfen. Die Analyse der EFI macht deutlich, dass Deutschland und die Europäische Union (EU) trotz einer starken Forschungsbasis bei der wirtschaftlichen Nutzung von KI bislang hinter ihren Möglichkeiten zurückbleiben.

KI-Politik muss europäisch gedacht werden

Nationale Alleingänge greifen angesichts der hohen Investitionsbedarfe und globalen Skaleneffekte zu kurz. Eine wirksame KI-Politik muss daher konsequent europäisch ausgerichtet sein und technologische Abhängigkeiten reduzieren, ohne Offenheit und Wettbewerb einzuschränken. „Künstliche Intelligenz entscheidet zunehmend über die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen. Deutschland kann diese Herausforderung nur im europäischen Verbund erfolgreich bewältigen“, betont Prof. Christoph M. Schmidt vom RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung und EFI-Mitglied. „Erforderlich ist eine strategisch koordinierte KI-Politik, die Forschung, Infrastruktur und Anwendung zusammendenkt und private Investitionen gezielt mobilisiert.“

Aufbau von KI-Infrastruktur

Ein zentraler Engpass für die Entwicklung und Anwendung von KI ist der Mangel an leistungsfähiger Recheninfrastruktur in Europa. Während andere Wirtschaftsräume ihre Kapazitäten in hohem Tempo ausbauen, bleibt die EU deutlich zurück. Um internationaler Anschluss zu halten, sollte sich die EU dynamische Ausbauziele setzen und innerhalb der nächsten fünf Jahre 10 bis 15 Prozent der weltweiten Rechenkapazität bereitstellen. Entscheidend ist dabei, dass die Privatwirtschaft in die Lage versetzt wird, den Ausbau von Rechenzentren zügig voranzutreiben. Staatliche Investitionen können diesen Prozess flankieren, müssen jedoch mit einem klaren Begleitmonitoring verbunden werden. „Ohne einen schnellen und koordinierten Ausbau der KI-Infrastruktur droht Europa dauerhaft in eine technologische Abhängigkeit zu geraten“, warnt Prof. Joachim Henkel von der Technischen Universität München und Mitglied der EFI. „Rechenkapazitäten sind heute

eine strategische Ressource. Ihre Bereitstellung darf allerdings nicht allein dem Staat überlassen werden, sondern erfordert investitionsfreundliche Rahmenbedingungen für private Anbieter.“

Rechtsunsicherheit beim Datenzugang bremst Entwicklung europäischer KI-Modelle

Ein zentrales Hemmnis für das Trainieren leistungsfähiger KI-Modelle in Europa stellt der rechtssichere Zugang zu hochwertigen Daten dar. „Europa wird sein KI-Potenzial nur ausschöpfen können, wenn Daten rechtssicher, praktikabel und im nötigen Umfang genutzt werden können“, erklärt Schmidt. „Datenschutz muss innovationsfreundlicher gestaltet werden, um die Entwicklung leistungsfähiger europäischer KI-Modelle zu erleichtern.“

Nach Einschätzung der EFI bedarf es hier einer Weiterentwicklung des bestehenden Rechtsrahmens. Insbesondere sollten die Regelungen der Datenschutz-Grundverordnung so angepasst werden, dass das Training von KI-Modellen erleichtert wird, etwa durch eine Abwendung vom Verbotsprinzip mit Erlaubnisvorbehalt. Modelle zur gemeinsamen Datennutzung, etwa über Datentreuhänder, sowie der rechtssichere Einsatz technologischer Lösungen zum Teilen von (Industrie-)Daten sind ebenfalls wichtige Ansatzpunkte.

Digitale Souveränität durch eigene KI-Wertschöpfung stärken

Eine Stärkung der digitalen Souveränität der EU ist dringend erforderlich. Dazu empfiehlt die EFI, zentrale Elemente der KI-Wertschöpfung in Europa zu verankern und sicherheitsrelevante Abhängigkeiten von außereuropäischen Anbietern zu reduzieren. Ein wichtiger Baustein kann dabei eine europäische, privatwirtschaftlich getragene Kooperation zur Entwicklung eines öffentlich geförderten Open-Source-Grundlagenmodells sein, das dauerhaft durch die EU und ihre Mitgliedstaaten unterstützt wird. „Digitale Souveränität bedeutet nicht Abschottung, sondern die Fähigkeit, technologische Schlüsselkompetenzen selbstbestimmt weiterzuentwickeln“, unterstreicht Henkel. „Europa muss KI stärker in die Anwendung bringen, innovationsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen und zugleich dafür sorgen, dass zentrale Technologien und Daten nicht dauerhaft außerhalb des eigenen Einflussbereichs liegen.“

Prof. Irene Bertschek vom ZEW Mannheim und Vorsitzende der EFI mahnt: „Die KI-Strategie muss konsequent europäisch ausgerichtet sein, die bestehenden Rückstände müssen entschlossen angegangen werden. Nur wenn Infrastruktur, Datenzugang, Regulierung und private Investitionen zusammenspielen, kann KI ihr volles Potenzial für Wachstum, Produktivität und Wohlstand in Deutschland und Europa entfalten.“

Kontakt

Expertenkommission
Forschung und Innovation (EFI)

Dr. Helge Dauchert

Leiter der Geschäftsstelle
Pariser Platz 6 | 10117 Berlin
T +49 (0) 30 322 982 562
helge.dauchert@e-fi.de
www.e-fi.de

Die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) mit Sitz in Berlin leistet seit 2008 wissenschaftliche Politikberatung für die Bundesregierung und legt jährlich ein Gutachten zu Forschung, Innovation und technologischer Leistungsfähigkeit Deutschlands vor. Wesentliche Aufgabe der EFI ist es dabei, die Stärken und Schwächen des deutschen Innovationssystems im internationalen und zeitlichen Vergleich zu analysieren und die Perspektiven des Forschungs- und Innovationsstandorts Deutschland zu bewerten. Auf dieser Basis entwickelt die EFI Vorschläge für die nationale Forschungs- und Innovationspolitik.

Themen des Jahresgutachtens 2026 sind:

- Umsetzung der Hightech Agenda Deutschland
- Sicherheitsrelevante Forschung und Innovation
- Europäische F&I-Politik
- Ein 28. Regime für den europäischen Binnenmarkt
- Innovationen im Mittelstand
- Wettbewerb und Innovation im deutschen Hochschulsystem
- Entwicklung und Anwendung von KI in Deutschland und Europa